Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,20 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 11 — 89. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 14. Januar 1930

Dr. Schacht im Haag.

Man hat im Inland wie im Ausland bei unseren Gläubigermächten so viel von, über und gegen den Reichsbankpräsidenten geredet und geschrieben, daß es fast so aussieht, als spiele er etwa die Rolle des „Schwarzen Mannes“ in Deutschland. Und es bedurfte erst einer ausdrücklichen Erklärung des Außenministers Doktor Curtius den andern gegenüber, daß einzig und allein die deutsche Delegation wirklich und wahrhaftig die verantwortliche Vertretung Deutschlands auf der Haager Konferenz sei. Übrigens hat ja kurz vor ihrem Beginn Dr. Schacht es ausdrücklich aus bestimmten Gründen abgelehnt, als deutscher Delegierter nach dem Haag zu gehen, und er ist jetzt dort auch nur als Sachverständiger für die Beratung der Statuten der Internationalen Bank und für die Abänderung des deutschen Reichsbankgesetzes erschienen.

Man hat ihn übrigens auch mit dem Scheitern der geplanten Reichsanleihe, die im Dezember vergangenen Jahres bei dem Newyorker Bankhaus Dillon, Read u. Co. aufgenommen werden sollte, insofern in Zusammenhang gebracht, als er es gewesen sei, der der französischen Regierung die Zusicherung gegeben habe, Deuschland werde den ausländischen Kreditmarkt bis zum Oktober 1930 nicht in Anspruch nehmen, um nicht die geplante „Teilmobilisierung“ der deutschen Zahlungsverpflichtungen ungünstig zu beeinflussen; infolgedessen habe Dr. Schacht den Erfolg der Anleiheverhandlungen zunichte gemacht. Das ist nicht richtig; vielmehr soll die deutsche Regierung nur ganz unverbindlich dem französischen Ministerpräsidenten zu verstehen gegeben haben, daß man nach Hereinbringung jener Anleihe mindestens bis zur Fälligkeit dieses Kredits — Oktober 1930 — sich der Aufnahme weiterer Kredite enthalten werde. Keinerlei Versprechungen also, — und gerade deswegen erfolgte ja der jüngste Vorstoß Tardieus nach der Richtung hin, daß Deutschland nun wirklich verpflichtet werden soll, bis zur Durchführung der „Teilmobilisierung“ alle Kreditpläne im Ausland zurückzustellen. Daß das Bankhaus Morgan hinter den Kulissen gegen die geplante Reichsauslandsanleihe gearbeitet haben soll, ist nicht ganz unwahrscheinlich, denn die Mobilisierung der deutschen Zahlungsverpflichtungen, also die Unterbringung der deutschen Reparationsschuldverschreibungen auf den internationalen Geldplätzen, soll ja vor allem durch diesen „Weltbankier“ erfolgen, soll für ihn ein ganz großes Geschäft werden, von dem also alle „Störungen“ ferngehalten werden müssen. Vor allem natürlich die Konkurrenz durch das Reich selbst, indem dieses gleichfalls auf dem internationalen Geldmarkt Kredite zu erhalten wünschte.

Natürlich weiß man im Ausland ganz genau, wie hoch in Deutschland das Kreditbedürfnis — auch und nicht zuletzt des Reiches, der Reichsbahn, der Länder usw. — gestiegen ist und nach Befriedigung geradezu brüllt. Außerdem wird im Juni ein Überbrückungskredit des Reiches fällig, der im Betrage von 50 Millionen bei amerikanischen Banken im Oktober 1929 aufgenommen wurde. Ihn zu ersetzen — so hat man durchblicken lassen — wäre man am Pariser Geldmarkt bereit, wenn sich Deutschland selbst bei der Zeichnung der zu mobilisierenden deutschen Zahlungsverpflichtungen beteiligt; man denkt dabei an etwa 200 Millionen Mark. Außerdem wird das Reich ja im Spätherbst — sieben Monate nach Annahme des entsprechenden Gesetzes durch den Reichstag — 50 Millionen Dollar aus der ihm vom schwedischen Zündholztrust zugesagten Anleihe erhalten. Diese sollen aber doch nur dazu dienen, um einen entsprechenden Teil der auf 1,7 Milliarden angeschwollenen kurzfristigen Schuld Deutschlands in eine langfristige, also Anleiheschuld zu verwandeln.

Eine Fülle von Fragen, Bedenken, Befürchtungen, Gefahren tauchen also in dem Augenblick auf, da von der Mobilisierung der deutschen Zahlungen gesprochen wird. Die gesamte Anleihepolitik Deutschlands, sowohl der öffentlichen Hand wie der Privatwirtschaft wird aufgerollt, allerwichtigste Lebensinteressen werden berührt. Denn wir sind ja auf Leben und Sterben angewiesen auf die Kredithilfe des Auslandes. Und es dürfte deswegen doch wohl mehr sein als nur eine Sachverständigenarbeit an den Bankstatuten, was Dr. Schacht jetzt im Haag zu tun haben wird.

Die Sitzung des Reichskabinetts

Berlin, 14. Januar. Das Reichskabinett ist am Dienstag vormittag zu der vorgesehenen Beratung über die Tributverhandlungen im Haag zusammengetreten. Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Schäffer, der heute morgen aus dem Haag in Berlin eingetroffen ist, wird der Reichsregierung über den Stand der Verhandlungen im Haag Bericht erstatten. Unter anderem dürfte er über die zustande gekommene Einigung in den Tributfragen und der Sanktionsformel den Bericht der deutschen Abordnung im Haag übermitteln. Der Sanktionsformel kommt bekanntlich allergrößte Bedeutung zu. Weiter dürfte sich das Reichskabinett mit der Ersetzung der Reichsbank durch andere deutsche Banken bei der BIZ. befassen. Der Sitzung des Reichskabinetts kommt somit größte Bedeutung zu.

Ein Vorstoß Dr. Schachts

Freitag Schluß im Haag?

Teilnahme Schachts an den Verhandlungen.

Die Spannung der letzten Tage hat durch neue Verhandlungen, die sich namentlich am Sonntag zwischen dem deutschen Reichsminister Dr. Wirth und dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu abwickelten, scheinbar nachgelassen. Optimisten sprechen bereits von der bevorstehenden vollständigen Einigung und der baldigen Inkraftsetzung des Young-Plans, so daß am Freitag dieser Woche die Arbeiten im Haag beendet werden könnten. Montag ist der deutsche Reichsbankpräsident Schacht eingetroffen und wird nunmehr an den Verhandlungen teilnehmen. Er hat im Hotel Central, dem Sitz der deutschen Abordnung, Wohnung genommen. An den amtlichen Sitzungen der deutschen Delegation wird er sich im Hinblick auf seine Eigenschaft als Sachverständiger nicht beteiligen.

Zwischen Dr. Schacht und Reichsaußenminister Dr. Curtius fand alsbald nach Ankunft des Reichsbankpräsidenten eine längere Unterredung statt, in der die Gesamtlage der Konferenz, der Stand der einzelnen reparationspolitischen Streitfragen sowie die Beratungen über die Bank für internationale Zahlungen beleuchtet wurden.

Das Sanktionsübereinkommen.

In dem bisherigen Hauptdifferenzpunkt, der Sanktionsfrage, fand Montag eine Besprechung zwischen den deutschen und französischen Juristen statt, deren Ergebnis eine gegenseitige Annäherung gebracht haben soll. Endgültige Bestätigung dafür war noch nicht zu erreichen, zumal wegen einzelner Spezialfragen die Erledigung der Angelegenheit noch vertagt wurde. Im Anschluß an die Besprechung der Juristen fand eine Besprechung der sechs Mächte zur Formulierung der Finanzabmachungen statt.

In der Angelegenheit der Sanktionen soll man so viel weitergekommen sein, um eine Abbiegung der bisher vorhandenen scharfen Spitzen konstatieren zu können. Beim darauf bezüglichen deutsch-französischen Notenaustausch soll Frankreich für den außergewöhnlichen Fall einer Vernichtung des Young-Planes unter Umständen seine Handlungsfreiheit wiedererhalten. Unter dieser Handlungsfreiheit wäre aber nicht das unbedingte Inkrafttreten des Versailler Diktats, sondern nur die Bezugnahme auf die früheren Abmachungen in Locarno usw. zu verstehen. Die deutsche Seite will Garantien dafür haben, daß von einem Bruch des Young-Planes noch nicht die Rede sein könne, falls eine unbeabsichtigte Zahlungsstockung Deutschlands eintrete. Ob sich bei dem Notenaustausch eine restlose Übereinstimmung ergeben wird, steht dahin.

Die Internationale Bank.

Montag nachmittag trat der Organisationsausschuß für die Internationale Zahlungsbank zusammen. Dabei lag als erster Punkt der Tagesordnung ein Antrag auf Abänderung des Treuhändervertrages zwischen den Gläubigermächten und der Internationalen Bank vor. Diesen Abänderungsantrag hat die englische Regierung eingereicht.

Weiter wollte man über die Ernennung des Präsidenten und der Mitglieder des Direktoriums sowie des geschäftsführenden Direktors beschließen. Für die Erledigung der Arbeiten schlägt man eine Frist von zwei bis drei Tagen an. Der französische Ministerpräsident Tardieu hatte ansagen lassen, er reise Montag abend auf kurze Zeit nach Paris.

*

Einigung über die Danziger Schulden.

In der Frage der Danziger Schulden ist Montag in einer Sitzung der Gläubigermächte eine vollkommene Einigung erzielt worden, dahingehend, daß der Freien Stadt Danzig die etwa 160 Millionen Mark betragenden Restschulden aus der Übernahme des seinerzeit an Danzig übertragenen Reichs- und preußischen Staatseigentums sowie aus den Hafenverpflichtungen usw. erlassen worden sind. Lediglich die bereits gezahlten 15 Millionen sind also als Abgeltung für diese Übereignungen Danzig auferlegt worden. In einem Anhang zum Haager Schlußprotokoll wird diese Regelung niedergelegt werden. Der Danziger Finanzsenator Kamnitzer, der im Haag mit Unterstützung von Oberregierungsrat Dr. Ferber für Danzig die bezüglichen Verhandlungen geführt hat, begibt sich wieder nach Danzig zurück.

Zahlungstermin, Pfänderfrage, Moratorium geregelt.

Nur die Mobilisierungsfrage noch offen.

Die sechs einladenden Mächte traten am Nachmittag zur Fortsetzung der Aussprache über die reparationspolitischen Fragen zusammen. Es verlautet, daß von den vier offenen Streitfragen in den heutigen geheimen Verhandlungen drei grundsätzlich entschieden worden sind: 1. Zahlungstermine, 2. Aktivierung der indirekten Pfänder, 3. Moratorium. Die Regelung dieser drei Fragen soll in der Weise geschehen sein, wie sie sich in den Verhandlungen der letzten Tage abzeichnete. Deutschland leistet die Monatsraten des Young-Planes aus dem Haushalt am 15. jeden Monats, die Zahlungen der Reichsbahn am 30. jeden Monats.

Die Forderung auf die Aktivierung des indirekten Pfandes der Gläubigermächte an die Reichsbahngesellschaft wird dagegen fallengelassen, ebenso bleiben die bestehenden Pfänder, wie sie im Young-Plan vorgesehen sind, lediglich als indirekte Pfänder bestehen. In der Frage des Moratoriums werden die dahingehenden Bestimmungen des Young-Planes unverändert aufrechterhalten, es wird lediglich eine nähere juristische Formulierung dieser Bestimmungen vorgenommen.

Offen bleibt somit nur noch die Frage der Mobilisierung der ersten Tranche der Zahlungen. Diese Frage wird voraussichtlich erst am Mittwoch nach Rückkehr des französischen Ministerpräsidenten entschieden werden.

Der Brief Schachts

In dem am Montag nachmittag zum erstenmal zusammengetretenen Organisationsausschuß für die Internationale Bank ist es gleich zu Beginn der Sitzung zu einem unerwarteten Vorfall gekommen. Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat dem Führer der im Ausschuß vertretenen amerikanischen Bankengruppe ein Schreiben übermittelt, in dem Zweifel über die endgültige Beteiligung der Deutschen Reichsbank an der Internationalen Bank zum Ausdruck gebracht werden. In dem Schreiben erklärt der Reichsbankpräsident ferner, über die endgültige Stellungnahme der Reichsbank zur Internationalen Bank werde das Direktorium der Reichsbank in der nächsten Zeit zu entscheiden haben.

Im Hinblick auf dieses Schreiben des Reichsbankpräsidenten ist die Sitzung des Ausschusses sofort unterbrochen worden. Die sechs einladenden Mächte, deren Sitzung bereits zu Ende war, sind daraufhin sofort zu 20 Uhr zu einer neuen Sitzung einberufen worden. Wie von deutscher Seite mitgeteilt wird, wird in dieser Sitzung von den deutschen Delegierten der Vorschlag gemacht werden, ob nicht eine andere deutsche Bankengruppe sich an Stelle der Reichsbank an der Bank für Internationale Zahlungen beteiligen soll, wie dies bereits im Young-Plan vorgesehen.

Die Beteiligung einer anderen Bankengruppe kaum möglich?

Haag, 13. Januar. Die Erregung infolge des Schachtbriefes ist in allen Konferenzkreisen außerordentlich groß. Das Schreiben ist alleiniger Gegenstand aller Verhandlungen. Alle übrigen Fragen, die Sanktionsfrage und die Reparationspolitischen Fragen sind damit völlig in den Hintergrund gerückt.

Uebereinstimmend besteht der Eindruck, daß durch den Schritt Schachts die gesamten Ergebnisse der Konferenz auf das tiefste berührt worden sind.

Ueber die Erklärung, die Schacht in der heutigen ersten Sitzung des Ausschusses zur Begründung seines Schreibens gegeben hat, sind nur gerüchtweise Einzelheiten zu erfahren. Danach bestätigt es sich, daß Schacht hierbei auf die Verfälschung des Youngplanes durch die Verhandlungsergebnisse seit der Pariser Sachverständigenkonferenz hingewiesen und auch das deutsch-belgische Markabkommen sowie die Abkommen mit Polen hervorgehoben hat. Fest steht jedenfalls, daß die deutsche Abordnung sofort aus den Schritt des Reichsbankpräsidenten die Folgerung gezogen hat, in dem gegenwärtig tagenden Ausschuß der sechs Großmächte die Frage einer Beteiligung einer anderen deutschen Bankengruppe anstelle der Reichsbank zu erörtern. Die Folge davon wäre, daß die Reichsbank, die nach dem Youngplan einen maßgebenden Einfluß auf die BIZ. ausüben und an der Durchführung des Youngplanes maßgebend beteiligt sein soll, damit ausgeschaltet wäre. — Die Stellungnahme der deutschen Abordnung selbst zu der jetzt aufgerollten Frage ist bisher noch nicht bekannt geworden. Es besteht jedoch allgemein großer Zweifel, ob der Plan, eine andere deutsche Bankengruppe zu beteiligen, praktisch durchführbar ist.

Reichskreditgesellschaft anstelle der Reichsbank?

Haag, 13. Januar. In der Montags 20 Uhr begonnenen Sitzung der 6 einladenden Mächte haben die Gläubigermächte der deutschen Abordnung ihr grundsätzliches Einverständnis damit erklärt, daß anstelle der Reichsbank eine andere deutsche Bankengruppe an der BIZ. beteiligt werde. Auf deutscher Seite scheint man nach der Ablehnung der Beteiligung durch den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht unter a) die Möglichkeit einer Beteiligung durch die Reichskreditgesellschaft zu erwägen. Der Präsident der Konferenz, Jaspar, hat dem Organisationsausschuß für die BIZ. den Auftrag erteilt, die Verhandlungen weiter zu führen. Es steht noch nicht fest, ob Schacht weiter an den Verhandlungen des Organisationsausschusses teilnehmen wird.

Auf der Seite der deutschen Abordnung wird die Auffassung vertreten, daß für den Schritt des Reichsbankpräsidenten politische Gründe sowie seine Gesamthaltung gegenüber den Verhandlungen seit der Pariser Konferenz maßgebend gewesen seien. Der Reichsbankpräsident hat sich bereit erklärt, auch in Zukunft alle für die Durchführung des Youngplanes notwendigen technischen Maßnahmen durch die Reichsbank durchführen zu lassen, ohne daß jedoch die Reichsbank in den Verwaltungsrat der BIZ. vertreten sei.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF